

Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen University  
Institut für Politische Wissenschaft

# **Giralgeldsystem und Vollgeldsystem**

## **Ein Vergleich der Chancen und Grenzen**

Verfasst von  
**Karl Louis Kühne**

# Inhaltsverzeichnis

## Inhalt

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>2</b>
<b>2. Theoretische Grundlagen: Das Giralgeldsystem</b> .....	<b>3</b>
2.1 Was ist Giralgeld und Zentralbankgeld? .....	3
2.2 Der Prozess der Geldschöpfung .....	5
<b>3. Die Probleme des Giralgeldsystems</b> .....	<b>8</b>
3.1 Zins, Zinseszins und Schulden .....	8
3.2 Die Rolle der Zentralbank .....	9
3.3 Die Rolle der Geschäftsbanken .....	11
<b>4. Theoretische Grundlagen: Das Vollgeldsystem</b> .....	<b>12</b>
4.1 Was ist Vollgeld?.....	12
4.2 Der Prozess der Geldschöpfung .....	13
4.3 Die Rolle der Zentralbank und der Geschäftsbanken .....	14
4.4 Der Umstellungsprozess .....	16
<b>5. Die Probleme des Vollgeldsystems</b> .....	<b>16</b>
5.1 Kreditversorgung und Umlaufsicherung .....	17
5.2 Die Rolle der Zentralbank .....	18
5.3 Umgehungsversuche der Reform durch neue Geldformen .....	19
<b>6. Beurteilung und Fazit</b> .....	<b>20</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>22</b>
<b>Internetquellen</b> .....	<b>23</b>
<b>Eigenständigkeitserklärung</b> .....	<b>25</b>

## 1. Einleitung

Geld wird geschöpft ausschließlich durch die Zentralbank. Banken haben eine intermediäre Aufgabe: Sie akquirieren Kapital von Kunden<sup>1</sup>, um dieses anschließend weiterzuverleihen oder für eigene Geschäfte einzusetzen. Das Bankguthaben entsteht durch die Bareinlagen der Bankkunden. Damit ist das Geldsystem ausreichend beschrieben! – Viele werden die vorangegangenen Ausführungen als plausibel erachten. Wäre dies aber eine korrekte Funktionsbeschreibung des heutigen Geldsystems, so müsste es eine Arbeit wie diese nicht geben. Auch wenn die Beschreibung oberhalb stellenweise nicht komplett falsch ist, so ist sie zumindest unterkomplex. Leider sind aktuell viele Menschen von der Richtigkeit jener Beschreibung überzeugt. Diese Desinformation ist ein Produkt der fehlenden öffentlichen Debatte. Weder Politiker oder ihre Parteien, noch der akademische Diskurs bringen dem Thema Aufmerksamkeit entgegen. Es scheint die deutsche Volksweisheit zu gelten „Über Geld spricht man nicht“! Dennoch ist es sinnvoll gewisse Funktionselemente des heutigen Geldsystems zu hinterfragen. Letztendlich können wir sonst nicht penibel genug sein, wenn es um die Frage geht, wie mit unserem Geld umgegangen wird.

Das heutige Geldsystem ist eine historisch gewachsene Konstruktion. Spätestens mit dem Ende des klassischen Metallgeldes (Gold- & Silbermünzen) ist die eingangs erwähnte Beschreibung überholt gewesen. Damit das moderne Wirtschafts- und Gemeinwesen problemlos funktioniert, benötigt es Geld als eine Tauschwährung. Dieses „fließt“ hierbei tagtäglich in einem Geldsystem. Erkennbar wird hierbei, welcher Stellenwert diesem zukommt. Es dient als Grundlage des Wirtschaftsystems und ist eng verflochten mit dem Gesellschafts- und Staatssystem. Dementsprechend verheerend können Krisen im Geldsystem wirken.

Das global vorherrschende Geldsystem wird Giralgeldsystem genannt. Namensgebend dafür ist der große Einfluss des Giralgeldes, welches durch private Geschäftsbanken geschöpft wird. Dieser Prozess der Geldschöpfung steht seit der Finanzkrise 2007/8 verstärkt in der Kritik. Aus der Forderung, dass die Geldschöpfung ausschließlich Aufgabe der Zentralbanken sein sollte, ist das Vollgeldsystem als populärer Herausforderer entstanden. Anknüpfend an jene Debatte, setzt sich die wissenschaftliche Arbeit unter dem Titel „Giralgeldsystem und Vollgeldsystem – Ein Vergleich der Chancen und Grenzen“ das Ziel, einen Vergleich zwischen den Systemen vorzunehmen. Dafür gliedert sie sich in zwei Teile. Einführend widmet sich der erste Teil der Funktionsweise des Giralgeldsystems und analysiert im dritten Kapitel dessen Probleme. Der zweite Teil wiederholt dieses Vorgehen an der Konzeption des Vollgeldsystems. Abschließend wird versucht zu beurteilen, welche Chancen und Grenzen das Vollgeldsystem bietet. Ist dieses zu bewerten als vielversprechende Alternative, die sich mit dem Giralgeldsystem messen kann?

---

<sup>1</sup> Das grammatische Geschlecht ist in dieser Arbeit nicht gleichzusetzen mit dem entsprechenden physischen Geschlecht. Das grammatische Geschlecht ist stets geschlechtsneutral zu betrachten und zu übertragen.

## 2. Theoretische Grundlagen: Das Giralgeldsystem

Wie eingangs erwähnt, ist das weltweit vorherrschende Geldsystem das Giralgeldsystem. Um in diesem Kapitel die Funktionsweise erklären zu können, muss zuerst die Frage gestellt werden, was Geld ist und welche „Arten“ es gibt. Giralgeld ist dabei nichts anderes als eine Form von Geld, die im heutigen Geldsystem als dominant gilt. Dies wird das nachfolgende Kapitel zeigen.

### 2.1 Was ist Giralgeld und Zentralbankgeld?

Im akademischen Diskurs existiert keine einheitliche Definition dafür, was Geld ist. Deshalb erfolgt die Definition über bestimmte Funktionen. Erstens ist Geld immer ein Zahlungsmittel. Das heißt es muss möglich sein, damit etwas zu erwerben. Zweitens dient Geld als Wertaufbewahrungsmittel. Dies betont die Möglichkeit des Sparens ohne direkten Wertverlust. Drittens muss Geld ein Wertmaßstab oder eine Recheneinheit sein. Es kann also den konkreten Wert von Vermögen, von Schulden oder eines Produktes angeben.<sup>2</sup> (Vgl. Weik/Friedrich 2015: 302)

Die Objekte, welche heutzutage jene Funktionen erfüllen, haben keinen inneren Wert. Das heißt weder Geldmünzen noch Banknoten und am wenigsten Buchgelder<sup>3</sup> haben einen Materialwert, der ihren nominalen Nennwerten entspricht. Fachlich korrekt heißt es deshalb Fiatgeld abgeleitet vom lateinischen Wort „fiat“ („Es werde!“). Moderne Formen des Geldes haben damit, im Gegensatz zu älteren Edelmetallmünzen, keine reale Deckung mehr. Folglich handelt es sich um Zeichengeld, welches theoretisch unbegrenzt geschöpft werden kann. (Vgl. Huber 2017a: 6f.)

Die These, dass heutiges Geld deshalb wertlos sei, ist aber nicht ganz korrekt. Vielmehr beruht die Deckung auf Vertrauen und soziale Vereinbarung, wie Mayer schreibt: „Wir bedrucken Zettel mit Ziffern und vertrauen darauf, dass wir einen Gegenwert bekommen. Weil wir dies so vereinbart haben.“ (Zi. Mayer/Huber 2018: 105f.) Neben unseren Glauben an seinen Wert, ist Geld gedeckt durch die Tatsache, dass es „rechtlich gesehen [...] eine Lizenz zur Nutzung als Zahlungsmittel“ ist (vgl. Gudehus 2014: 87). Weiter heißt es bei Gudehus dazu:

„[...] Erscheinungsformen des Geldes sind gesetzlich autorisierte Informationsträger, die angeben, über welchen Nennwert der Besitzer einer Münze oder Banknote bzw. über welche Geldmenge ein Kontoinhaber verfügen kann.“ (Zi. Gudehus 2014: 87)

**Das Giralgeld** ist folglich eine Form von Fiatgeld. Es ist das Buchgeld der Geschäftsbanken, da es das unbare Geld auf Bankkonten bezeichnet. Giralgelder sind damit alle Sichtguthaben und Gutschriften, mit denen der unbare Zahlungsverkehr der Realwirtschaft erfolgt. Dieses Giroguthaben stellt ein Zahlungsverprechen einer Bank dar, auf Verlangen dieses zu überweisen oder in Bargeld auszuzahlen (vgl. Huber 2017b: 4). Die Bank wird allerdings niemals genügend Bargeld haben, um jenes Versprechen gegenüber allen Kunden gleichzeitig erfüllen zu können, da die

<sup>2</sup> Ursprünglich stammt dieser Definitionsansatz von Geld aus „Geld und Geldverkehr“ von William Stanley Jevons.

<sup>3</sup> Als Buchgeld gilt alles Geld, welches nur in virtueller oder elektronischer Form vorhanden ist.

Menge an Giralgeld die Menge an Bargeld um etwa das achtfache übersteigt. Giralgeld ist damit eine Zahlungsverpflichtung auf ein gesetzliches Fiatgeld gegenüber dem Kunden, welche nicht oder nur teilweise erfüllt werden kann. Zusammengefasst bedeutet dies, es ist weitgehend ungedecktes Geld. Die steigenden Mengen an Giralgeld im System entstehen, da dieses durch die Geschäftsbanken geschöpft wird (Siehe Kapitel 2.2). Von Kunden eingezahltes Geld, ist immer Giralgeld und damit faktisch ein Kredit an eine Bank. Sollte die Bank insolvent gehen, kann sie ihrem Zahlungsverprechen nicht nachkommen und das Giralgeld der Kunden ist weg. (Vgl. Gudehus 2014: 76f.) Auch fehlt dem Giralgeld eine rechtliche Deckung, da es kein gesetzliches Zahlungsmittel ist. Es besteht damit keine Annahmepflicht. (Vgl. Mayer/Huber 2018: 6f.)

**Als Zentralbankgeld** werden dagegen die gesetzlichen Zahlungsmittel bezeichnet. Das Monopol zur Schöpfung hat die Zentralbank. Da diese nicht insolvent gehen kann, gilt jenes Geld als gesichert. Zum Zentralbankgeld gehören zwei Formen von Geld: Zum einen das Bargeld, worunter das Münzgeld und das Scheingeld fällt und zum anderen das Zentralbankbuchgeld.

**Das Zentralbankbuchgeld** ist die elektronische Form des Zentralbankgeldes. Es ist das Buchgeld der Zentralbank und entsteht wenn diese Kredite an Geschäftsbanken vergibt oder Wertpapiere abkauft. Das Zentralbankbuchgeld ist kein Zahlungsmittel des realwirtschaftlichen Handels und wird nie in diesen gelangen. Tatsächlich besteht das heutige Geldsystem aus zwei getrennten Geldkreisläufen. Zum einen existiert ein Interbankenmarkt, indem die Banken untereinander und mit der Zentralbank handeln, zum anderen gibt es einen realwirtschaftlichen Kreislauf, in welchem Banken mit Nichtbanken handeln. Das Zentralbankbuchgeld bildet hierbei das Zahlungsmittel des ersten Kreislaufes und wird damit nie zu Nichtbanken gelangen. Es dient ausschließlich der Interbanken-Zirkulation also dem Zahlungsausgleich<sup>4</sup> zwischen Geschäftsbanken, ihrer Reserve- und Liquiditätshaltung, wie auch ihrer Interaktion mit der Zentralbank. (Vgl. Huber 2017a: 2f.) Damit befindet sich jenes Geld ausschließlich auf den Zentralbankkonten der Banken und kann auf Verlangen bei der Zentralbank gegen Bargeld eingetauscht werden. Es stellt die Sichteinlagen des Bankensektors dar. (Vgl. ebd.: 16)

**Das Bargeld** unterscheidet sich stark vom Zentralbankbuchgeld. Scheine und Münzen zirkulieren im Interbankenmarkt wie auch in der Realwirtschaft. Allerdings wird das Bargeld verstärkt durch das Giralgeld abgelöst. In der Folge sinkt der Bargeldkern in der Eurozone: Im Jahr 2020 standen 1.370 Mrd. € Bargeld etwa 8884 Mrd. € Giralgeld gegenüber (vgl. Statista 2021a & Statista 2021b). Der Bargeldkern an der Geldmenge M1<sup>5</sup> betrug damit 13%. Dies führt dazu, dass das Bargeld weitgehend irrelevant gegenüber dem Giralgeld wird.

---

<sup>4</sup> Insbesondere findet ein Zahlungsausgleich statt, bei Überweisungen (der Kunden) zwischen unterschiedlichen Banken. Dieser Prozess zeigt die Zwei-Stufen-Struktur besonders deutlich. Erklärt wird er in Huber 2017a: 12.

<sup>5</sup> Die Geldmenge M1 enthält alle Gelder der Realwirtschaft. Sie ist die Summe aus Bargeld- und Giralgeldmenge.

## 2.2 Der Prozess der Geldschöpfung

Nachdem nun ein Verständnis über die Geldformen im Giralgeldsystem vorhanden ist, stellt sich die Frage, wie Geld entsteht und in Umlauf gelangt. Dieser Prozess heißt Geldschöpfung:

Alle Formen von Zentralbankgeld sind geschöpft durch die Zentralbank. Das Bargeld wird im Auftrag der Zentralbank produziert. In den Umlauf gelangt es, indem jene einen Bargeldkredit an eine Geschäftsbank vergibt oder diese ihr Zentralbankbuchgeld eintauscht. Das Zentralbankbuchgeld entsteht durch einen Bilanzbucheintrag der Zentralbank. Es gelangt in Umlauf, durch Kredite an Banken auf das entsprechende Zentralbankkonto gegen hinterlegte Sicherheiten oder durch den Ankauf von Wertpapieren. Es handelt sich hierbei um eine klassische Bilanzverlängerung. Die Passivseite<sup>6</sup> der Zentralbankbilanz wird „per Knopfdruck“ verlängert um den jeweiligen Betrag, den sie an Zentralbankbuchgeld einer leiht. Um denselben Wert steigt damit die Aktivseite<sup>7</sup>, da der Kredit auch wieder abbezahlt werden muss. Die Aktiva der Bank verlängern sich dabei ebenfalls um den geliehenen Wert, da der Kredit ihre Reserven erhöht. Zeitgleich fällt auf der Passivseite die Kreditrückzahlung zum späteren Zeitpunkt an (Siehe Abb. 1). (Vgl. Paetz 2018; Mayer/Huber 2018: 16-19) Dieser Prozess kommt bilanziell einer Verschuldung der Zentralbank gleich. Das heißt Geld entsteht durch Schuld. Dies stellt allerdings kein Problem dar, da die Zentralbank der Schuldner der letzten Instanz ist. So schreibt Hans Binswanger dazu:

„Die Zentralbank muss aber [...] *ihre* [Herv. i. O.] Schuld nie begleichen, weil die Banknoten gesetzliches und definitives Geld sind, d.h. solches das sie nie mehr in Gold einlösen müssen. Es handelt sich um eine ‚ewige‘ Schuld.“ (Zi. Binswanger 2015: 27)

Da es sich hier um Fiatgeld handelt, also die Geldschöpfung an keinen realen Wert gebunden ist, kann eine solche Bilanzverlängerung prinzipiell unbegrenzt oft stattfinden. Dies bedeutet, dass die Zentralbank theoretisch unbegrenzte Mengen an Zentralbankbuchgeld und Bargeld schöpfen kann. In der Praxis wird das aber nicht vorkommen, da sie orientiert ist, mit ihrer Geldschöpfung Geldwertstabilität<sup>8</sup> und Preisstabilität – das heißt eine geringe Inflationsrate<sup>9</sup> – zu sichern.

Allerdings wurde bereits im letzten Kapitel festgestellt, dass die Menge an Zentralbankgeld gering gegenüber dem Giralgeld ist. Dies ist ein Produkt davon, dass Zentralbanken im Vergleich zu Geschäftsbanken kaum Geld schöpfen. In der Eurozone emittiert die EZB beispielsweise 18% der im Umlauf befindlichen Geldmenge. Die restlichen 82% werden in Form von Giralgeld durch private Geschäftsbanken geschöpft (vgl. Mayer/Huber 2018: 5).

---

<sup>6</sup> Die Passivseite gibt an, wie das Vermögen eines Unternehmens finanziert wurde. Folglich bilanzieren die Passiva Schulden und Verbindlichkeiten (vgl. Paetz 2018).

<sup>7</sup> Die Aktivseite gibt das Vermögen eines Unternehmens an, mit welchem aktiv gearbeitet werden kann. Folglich bilanzieren die Aktiva Guthaben und Forderungen gegenüber anderen (vgl. Paetz 2018).

<sup>8</sup> Der Geldwert ist Maßstab für die Kaufkraft von Geld. Steigt die Geldmenge stärker als das Güterangebot, sinkt er.

<sup>9</sup> Die Inflationsrate gibt die Preissteigerung von Waren an. Folglich geht Inflation immer einher mit einer Minderung der Kaufkraft. Diese Änderungsrate wird gemessen an einem repräsentativen Warenkorb und sollte einen Grenzwert von 2% nicht überschreiten. (Vgl. Gudehus 2014: 100f.)

Da auch Giralgeld eine Form von Buchgeld ist, findet der Schöpfungsprozess äquivalent zum Buchgeld der Zentralbank über Bilanzverlängerung statt. Die Bank erzeugt Giralgeld, indem sie einen Kredit vergibt. Hierzu erhöht sie ihre Passivseite durch einen Eintrag um ihre Verbindlichkeit gegenüber dem Kunden, also um die Höhe der Einlagen, die sie als Kredit vergibt. Zeitgleich steigert sich die Aktivseite ihrer Bilanz um die Kreditforderung, die der Kunde zurückzahlen muss. Ebenfalls verändert sich dadurch die Bilanz des Kunden. Die Kreditmenge wird als Guthaben seinen Einlagen auf der Aktivseite gutgeschrieben, während seine Passiva mit der Rückzahlung belastet werden. Bei einem Kredit von 100€ könnte die Bilanz so aussehen:

Abbildung 1: Kreditbilanzierung Zentralbank & Geschäftsbank

Zentralbank (ZB)	
Aktiva	Passiva
100 € Kreditforderung (GB)	Zentralbankbuchgeld 100 €
Geschäftsbank (GB)	
Aktiva	Passiva
100 € Zentralbankbuchgeld	Kreditrückzahlung (ZB) 100 €
100 € Kreditforderung (BK)	Kundeneinlagen 100 €
Bankkunde (BK)	
Aktiva	Passiva
100 € Kundeneinlagen	Kreditrückzahlung (GB) 100 €

Ebenfalls entsteht Giralgeld, wenn die Bank selbst einen Kredit aufnimmt, um damit Vermögenswerte wie Wertpapiere, Staatsanleihen oder Immobilien zu kaufen. Das heißt Banken haben, wie auch Zentralbanken, die Chance Geld für den Eigenhandel zu schöpfen, solange erworbene Titel auf der Aktivseite

bilanziert werden können. Laufende Kosten wie die für Personal oder Dienstleistungen können somit nicht durch geschöpftes Giralgeld bezahlt werden. (Vgl. Huber 2017a: 5ff.)

Wie auch bei der Zentralbank, verschuldet sich die Geschäftsbank in diesem Prozess selbst. Ebenfalls gilt, dass eine solche Bilanzverlängerung unbegrenzt oft stattfinden kann. Im Unterscheid zur Zentralbank sind Geschäftsbanken aber nicht interessiert an der Geldwert- und Preisstabilität, sondern an der Gewinnmaximierung. Dies erklärt die hohe Geldschöpfungsrate. Als Stärke dieses Systems wird häufiger die flexible Geldversorgung der Wirtschaft durch die Banken hervorgehoben (vgl. Gudehus 2014: 78). Unbegrenzt Geld können Geschäftsbanken – zumindest theoretisch – dennoch nicht emittieren, denn es existieren vier Einschränkungen:

1. Die Kreditnachfrage entscheidet über die Kreditvergabe. Besteht von Seiten der Nichtbanken kein Bedarf an Finanzierungsmitteln, sinkt die Kreditvergabe und damit die Geldschöpfung. Die Initiative liegt folglich bei den Kunden. Weiterhin werden diese Kredite nur zu erschwinglichen Konditionen (Zinssatz etc.) aufnehmen und das Angebot mit der Konkurrenz abgleichen. Es findet also eine Regulierung durch den Wettbewerb statt. (Vgl. Deutsche Bundesbank 2017: 23f.)
2. Die Gewinnmaximierung sorgt dafür, dass Banken keine Kredite vergeben werden, die zu risikoreich sind, ausfallen könnten oder die die Kosten der Vergabe überstiegen. (Vgl. ebd.: 24)
3. Bei der Kreditvergabe müssen Regulierungsvorschriften eingehalten werden. Theoretisch könnte eine Bank jederzeit eine höhere Risikobereitschaft eingehen und so die Kreditvergabe ausweiten. Dies ist unwahrscheinlich, da sich dadurch höhere Ausfallrisiken ergeben. Sollte die-

ser Mechanismus durch Anreizprobleme versagen, begrenzen weitere Regulierungsvorschriften, wie Liquiditäts- und Eigenkapitalvorschriften die Kreditvergabe. Diese zwingen Banken dazu, Risiken ansteigend mit Eigenkapital<sup>10</sup> zu unterlegen. (Vgl. ebd.: 24)

4. Banken müssen ihre geschaffenen Kredite durch Zentralbankgeld auf dem Interbankenmarkt refinanzieren. Zum einen, weil die Möglichkeit besteht, dass die Kreditnehmer ihr Geld überweisen oder bar abheben, zum anderen weil eine sogenannte Mindestreserve<sup>11</sup> existiert. Diese Refinanzierung erfolgt ausschließlich über Zentralbankgeld und bindet die Schöpfung des Giralgeldes damit an seine Verfügbarkeit. (Vgl. Binswanger 2018: 12; Deutsche Bundesbank 2017: 23)

Um dieses Zentralbankgeld zu beschaffen, hat eine Bank drei Möglichkeiten: Erstens kann sie einen Kredit bei der Zentralbank aufnehmen oder an diese Wertpapiere verkaufen. Zweitens kann sie von anderen Geschäftsbanken auf dem Interbankenmarkt Zentralbankbuchgeld leihen. Drittens bietet es sich an, um die gesparten Giroeinlagen neuer Kunden zu werben, die von der Konkurrenz wegwechseln. Diese Verschiebung der Spareinlagen zwingt die Konkurrenz zu einem Zahlungsausgleich. Der entsprechende Betrag muss nun in Form von Zentralbankbuchgeld auf das Zentralbankkonto der Bank überweisen werden, wodurch das Zentralbankguthaben ansteigt. Durch geringe Einlagezinsen auf Kundenguthaben ist diese Refinanzierung günstig und zugleich langfristig sicher. Folglich bevorzugen Banken Einlagen zur Finanzierung, sind aber nicht auf diese angewiesen. (Vgl. ebd.: 18; Gudehus 2013: 8)

Wären alle Kredite aber zu 100% mit Zentralbankgeld gedeckt, würde dies bedeuten, dass es ebenso viel Giralgeld gäbe wie Zentralbankgeld. In diesem Fall wäre das Giralgeld vollständig gedeckt. Dies ist, wie schon gezeigt, nicht der Fall. Der Grund dafür ist die Höhe der Mindestreserve: Diese liegt seit 2012 bei 1%. Dies bedeutet, dass das Hundertfache der Zentralbankgeldreserve an Giralgeld geschöpft werden kann. In der Konsequenz müssen 100€ Giralgeld durch 1€ Zentralbankgeld gesichert werden. Refinanziert die Geschäftsbank diese Reserve mit einem Kredit der Zentralbank, sieht die Bilanz nicht aus, wie in Abbildung 1, sondern wie in Abbildung 2:

Dies erklärt die fehlende Sicherheit und die hohe Menge an Giralgeld. Aufgrund dieser Teilreserve wird jenes System **fraktionales Reservesystem** genannt.

Abbildung 2: Kreditbilanzierung einer Geschäftsbank unter Einhaltung des Mindestreservesatzes

Zentralbank (ZB)	
Aktiva 1 € Kreditforderung (GB)	Passiva Zentralbankbuchgeld 1 €
Geschäftsbank (GB)	
Aktiva 1 € Zentralbankbuchgeld 100 € Kreditforderung (BK)	Passiva Kreditrückzahlung (ZB) 1 € Kundeneinlagen 100 €
Bankkunde (BK)	
Aktiva 100 € Kundeneinlagen	Passiva Kreditrückzahlung (GB) 100 €

<sup>10</sup> Das Eigenkapital ist die positive Differenz aus Vermögen und Schuld. Es entspricht folglich dem Reinvermögen.  
<sup>11</sup> Die Mindestreserve ist ein gesetzliches Pflichtguthaben, welches die Geschäftsbanken in Form von Zentralbankgeld (Reserven) auf ihren Zentralbankkonten bei der Zentralbank für ihre Giralgeldmenge zu leisten haben.



In der Praxis hält eine Geschäftsbank dennoch etwas mehr als nur 1% des Giralgeldes gesichert. Huber schreibt, dass für 100€ Giralgeld bei europäischen Banken etwa 1,40€ Barreserve gehalten wird und über die Mindestreserve hinaus eine Überschussreserve von 60ct auf den Zentralbankkonten besteht. So liegt die durchschnittliche Deckung des Giralgeldes bei 2,5-3% (vgl. Huber 2017b: 12). Zusätzlich muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass Giralgeld nicht ewig existiert. Tilgt der Kreditnehmer seinen Kredit, so kommt es zum gegenteiligen Prozess: Die Bilanz der Beteiligten verkürzt sich. Das Giralgeld wird dabei dem Konto des Kreditnehmers ausgebucht und niemandem gutgeschrieben (vgl. Huber 2017a: 12ff.). Damit ist das Giralgeld gelöscht und die Geldmenge wieder reduziert.<sup>12</sup> Nachfolgend wird die gebundene Mindestreserve wieder frei und kann anschließend für die Ausgabe neuer Kredite verwendet werden. Zusammenfassend bedeutet dies: Geschäftsbanken sind Hersteller, Verleiher und Vernichter von selbst geschöpftem Giralgeld (vgl. Gudehus 2014: 78). Ihre Kreditvergabe beeinflusst damit die Geldmenge. Nichtbanken dagegen handeln vorwiegend mit ungedeckten Schuldtiteln, die *wie* Geld verwendet werden. Warum uns dies nicht bewusst ist, fasst Huber wie folgt zusammen:

„Sobald [...] Giralgeld einmal geschaffen ist, zirkuliert es im Publikum nurmehr als liquides Aktivum. Es dient dazu, Schulden durch Zahlung zu begleichen, ist unter Nichtbanken jedoch kein Schuldtitel. Bankenkredit aber erzeugt nie etwas anderes als eine Schuld, [...] die wir allerdings als das heute dominierende Zahlungsmittel *wie* Geld benutzen.“ (Zi. Huber 2017a: 7)

### 3. Die Probleme des Giralgeldsystems

Das abgebildete System steht aus verschiedenen Gründen in der Kritik. Joseph Huber attestiert dem Giralgeldsystem beispielweise „ernste Funktionsprobleme“, da eine überschwängliche Giralgeldproduktion besteht (vgl. Huber 2017a: 25f.). Dieses Kapitel versucht nachfolgend die Kritikpunkte darzustellen. Immer wieder fallen hierbei die Begriffe „Zinsen“ und „Schulden“.

#### 3.1 Zins, Zinseszins und Schulden

Der Zins soll Sparen und Investieren in Einklang bringen. Er stellt eine Entschädigung dafür dar, dass der Sparer auf sein Geld verzichtet, solange dieses an einen Investor verliehen ist. Faktisch ist er die Entlohnung des Gläubigers aus der Kreditvergabe. Da er so den Sparer motiviert sein Geld nicht zu horten, dient er der Umlaufsicherung des Geldes. (Vgl. Degens 2013: 12f.)

Zinsen werden wiederum durch den Zinseszins verzinst. Dadurch entsteht exponentielles Wachstum. In der Folge häufen sich verzinste Geldmengen zu hohen Summen an.<sup>13</sup> Geld vermehrt sich so durch sich selbst. Hierbei ist es egal, ob es sich um Schuldbeträge oder Vermögen handelt.

<sup>12</sup> Sollte es dem Schuldner an Liquidität mangeln, so pfändet die Bank seine Materialwerte und verkauft sie. Dieses Vorgehen wird notwendig, um die geschöpfte Geldmenge an Giralgeld wieder zu reduzieren.

<sup>13</sup> Dies zeigt das Beispiel des „Josephspfennig“ vom Ökonomen Richard Price: Hätte eine Person im Jahre 0 einen Cent zu 5% Zinsen angelegt, würde die heutige Geldmenge auf seinem Konto 63 Sextilliarden Euro (63 mit 39 nullen) betragen. Berechnet wird dies wie nachfolgend:  $X = 0,01 * (1 + \frac{5}{100})^{2020}$

Hans Christoph Binswanger sieht in dem Zins eine Ursache für systemimmanenten Wachstumszwang der Realwirtschaft: Häufig werden von Unternehmen Kredite aufgenommen, um Investitionen zu tätigen, die ihr Eigenkapital übersteigen. Diese Investitionen steigern die Produktion des Unternehmens. Diese zusätzlichen Güter müssen wiederum einen Gewinn erzielen, der groß genug ist, um den Kreditzins zu refinanzieren und einen Reingewinn abzuwerfen, der das Eigenkapital wieder steigert. Daraus folgt nach Binswanger folgender Grundsatz: „Die Chance eines Gewinns muss stets größer sein als die Chance eines Verlusts.“ (Zi. Binswanger 2015: 29) Gesamtwirtschaftlich bedeutet dies, dass aus der Summe aller Gewinn und Verluste ein Gewinnüberschuss entstehen muss. Mit einer konstanten Geldmenge wäre dies mathematisch unmöglich. Damit also ein Gewinn(-überschuss) entstehen kann, muss immer neues Geld dem Wirtschaftssystem zufließen, welches in den Konsum weiterer Produkte fließt (vgl. ebd.: 30). Neues Geld wird nur geschöpft, wenn ein Kredit gegen Zinsen aufgenommen wird. Folglich sorgen erst neue Investitionsausgaben auf Kredit dafür, dass Produkte aus vorangegangenen Investitionen Gewinne erzielen und die Möglichkeit besteht ältere Kredite abzubezahlen. (Vgl. ebd.: 28ff.)

Dieser Prozess stellt eine Wachstumsspirale dar, die stetig höhere Schulden benötigt. Fällt die Ausweitung der Geldmenge weg, so fehlt die zusätzlich Nachfrage für Produkte der letzten Investition. Damit kann der Kredit nicht getilgt werden und es droht Insolvenz (vgl. ebd.: 31).<sup>14</sup>

Zudem wird der Zins häufig für soziale Ungleichheiten verantwortlich gemacht. Er verteilt Kapital von unten nach oben. Ärmere Schichten sind häufig durch Schulden belastet, während Vermögende von Zinsen profitieren. Zuletzt steigern sie kontinuierlich die Staatsschulden, die in der Eurozone heute schon 90% des jährlichen Bruttoinlandsproduktes betragen (vgl. Statista 2021c).

### **3.2 Die Rolle der Zentralbank**

Die externe Begrenzung und Regulierung der Giralgeldschöpfung erfolgt durch die Zentralbank. Insbesondere sei hier verwiesen auf die Refinanzierungspflicht von Krediten in Zentralbankgeld und die Mindestreserve. Die mangelnde Begrenzung der Geldschöpfung muss folglich in der Wirklosigkeit ihrer Instrumente und Transmissionsmechanismen begründet sein:

Das wichtigste Werkzeug der Zentralbank zur Begrenzung des Zentralbankgeldes ist der sogenannte Leitzins. Dieser gibt an, zu welchen Konditionen Geschäftsbanken Zentralbankkredite erhalten. Steigt der Leitzins an, erhöhen sich die Refinanzierungskosten und die Nachfrage nach Zentralbankgeld sinkt. Diese gestiegenen Kosten wird die Bank an ihre Kunden durch höhere Kreditzinsen weitergeben, wodurch sich die Kreditvergabe und die Geldschöpfung verringern.

Huber kritisiert, dass dieser Prozess nie in dieser Form erfolgen würde, da durch die Geldmen-

---

<sup>14</sup> Hans Christoph Binswanger schreibt dazu: „[...] die Wachstumsspirale der Realwirtschaft [ist] ein sogenanntes Schneeballsystem, das darauf beruht, dass die Gewinnauszahlungen an frühere Investoren aus den Einzahlungen der neuer Investoren gespeist werden. Man zahlt alte Schulden mit neuen Schulden.“ (Zi. Binswanger 2015: 33)

genexpansion die Menge an Zentralbankgeld im Vergleich zum Giralgeld marginal sei. Folglich ist der Mengenhebel der Geldpolitik der Zentralbank stark begrenzt und der effektive Wirkungsbereich des Leitzinses beschränkt sich auf eine geringfügige Reserve im Interbankenkreislauf (vgl. Huber 2017b: 10). Zeitgleich besteht ein Verständnisfehler in der Annahme, dass die Schöpfung des Zentralbankgeldes reaktiv verläuft. Die Zentralbank bestimmt die Menge an Zentralbank(buch)geld nicht exogen, sondern bedient reaktiv den Bedarf. Dies hängt damit zusammen, dass Geschäftsbanken ihre Kredite nicht vorfinanzieren müssen, sondern Reserven auch nachträglich erwerben können. Würde die Zentralbank den Bedarf anschließend aber nicht durch Kredite erfüllen, droht der Bank die Insolvenz. Folglich ist auch die Geldmenge an Zentralbankgeld durch Geschäftsbanken bestimmt und damit endogen (vgl. ebd.: 8f.). Huber schreibt:

„Infolge ihrer pro-aktiven primären Kreditausstellung (Giralgelderzeugung) bestimmen die Banken die gesamte Geldmenge einschließlich der akkommodierenden Bereitstellung von Reserven (Zentralbankbuchgeld) und Bargeld [...]. Das Giralgeld entsteht nicht durch Multiplikation des Zentralbankgeldes, sondern das Zentralbankgeld, genau umgekehrt, stellt eine Folgemenge [...] des Giralgeldes der Banken dar.“ (Zi. Huber 2017a: 8)

Einen wichtigen Stellenwert haben für die Zentralbank Staatsanleihen. Im Rahmen ihrer Ankaufprogramme kauft sie diese auf. Der Sinn davon ist folgender: Staaten benötigen für realwirtschaftliche Dienstleistungen und Produkte Giralgeld, da aufgrund der Zwei-Stufen-Struktur Zentralbankgeld kein realwirtschaftliches Zahlungsmittel ist (Siehe Kapitel 2.1). Folglich kann ein Staat der Geld benötigt, dieses nicht von der Zentralbank erhalten. Er erhält es von Geschäftsbanken, indem er an diese Staatsanleihen verkauft und Anleihezinsen dafür bezahlt (vgl. Gudehus 2014: 79). Da es sich für die Bank hierbei um den Kauf von Vermögenswerten handelt, kann sie das benötigte Giralgeld schöpfen. Um diesen Prozess für die Geschäftsbanken lohnenswert zu gestalten und Staatsanleihen von Staaten mit geringer Bonität attraktiv zu halten, bietet die Zentralbank an, diese gegen geschöpftes Zentralbankgeld abzukaufen (vgl. Gudehus 2013: 12). Damit erhöht sich das Zentralbankbuchgeldguthaben der jeweiligen Geschäftsbank entsprechend. Folglich stellt dies eine günstige also zinsfreie Refinanzierung dar. Mithilfe des Zentralbankgeldes kann die Bank nun ihre Giralgeldschöpfung ausweiten und damit noch mehr Staatsanleihen erwerben, wodurch sich der Prozess wiederholt (vgl. ebd.: 12; Gudehus 2014: 80 & 97f.). In der Folge kommt es zu einem überproportionalen Anstieg der Staatsverschuldung, der Staatsanleihen und auch der Geldmenge (vgl. Gudehus 2013: 10ff.). Durch die großen Mengen an Zentralbankbuchgeld, die so entstehen, fehlt nachfolgend den Geschäftsbanken die Notwendigkeit Zentralbankkredite nachzufragen. Allerdings zeigt die Einflussnahme der Zentralbank durch den Leitzins nur eine Wirkung, wenn Banken darauf angewiesen sind, sich ihr Geld zur Refinanzierung zu der Kondition des Leitzinses zu besorgen. Damit wird die Wirksamkeit der konventionellen geldpolitischen Instrumente eingeschränkt. (Vgl. Binswanger 2018: 12)

### 3.3 Die Rolle der Geschäftsbanken

Wie bisher gezeigt werden konnte, tragen Banken die Verantwortung für die Geldschöpfung und damit für die Geldmenge. Da sie aber gewinnorientiert arbeiten, ergeben sich daraus Probleme:

Die Kreditvergabe lohnt sich für Banken in Aufschwungphasen mehr, da sicherere Kreditrückzahlungen und Zinserträge zu erwarten sind. Folglich funktioniert ihre Geldschöpfung prozyklisch. In Aufschwungphasen ist sie überschießend, während in Krisenzeiten die Kreditklemme droht. Dies verstärkt Konjunkturzyklen. (Vgl. Huber 2017b: 10; Gudehus 2014: 78)

Zugleich ist durch dieses Leitmotiv zu erwarten, dass Banken insbesondere Investitionen fördern und selbst betreiben, die hohe Erträge abwerfen. Gegenwärtig sind dies nicht realwirtschaftliche Aktivitäten, sondern unproduktive Finanzgüter wie Aktien, Immobilien und Edelmetalle. Die Rendite aus diesen steigt jährlich um 4-5% (vgl. Benedikter 2017: 40). Neben einer unproduktiven Kreditvergabe zu spekulativen Zwecken, die beispielweise Ann Pettifor kritisiert, führt dies zu Blasenbildung und Inflation (vgl. Pettifor 2018: 27 & 154). Sollte eine solche Blase platzen, drohen den Banken hohe Verluste, die zur Insolvenz führen können.

Die Insolvenz einer Bank abzuwenden ist dabei unbedingt notwendig. Da Banken gegenseitig eng vernetzt und verschuldet sind, könnte die Insolvenz einer Geschäftsbank das ganze System und den Zahlungsverkehr gefährden. Des Weiteren würde eine solche Insolvenz viele Sparer um ihr Vermögen bringen. Es gilt deshalb: Je größer eine Bank ist, desto eher ist ihre Rettung alternativlos (vgl. Weik/Friedrich 2015: 26ff.). In der Folge werden „too big to fail“-Garantien durch den Staat ausgestellt. Allein in den Jahren 2008 bis 2015 investierten die Eurostaaten so 5,1 Bio. € in die Bankenrettung (vgl. ebd.: 28). Diese Garantien haben wiederum negative Auswirkungen auf die Eigenverantwortung. Weik und Friedrich schreiben hierzu: „Das Motto der Finanzinstitute lautet [...]: Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren.“ (Zi. ebd.: 28)

Die Geschäftsbanken übernehmen im Giralgeldsystem folglich Aufgaben, die wie Joseph Huber schreibt, in die staatliche Hand gehören würden. Der Staat sollte das Recht auf drei „monetäre staatliche Prärogativen“ haben. Erstens muss er über die Währung im Geldsystem bestimmen können. Dies ist die Währungshoheit. Zweitens ist es sein Recht die Hoheit über das Geld und damit über die Geldschöpfung zu haben. Drittens gehört dem Staat der daraus entstehende Geldschöpfungsgewinn, die sogenannte Seigniorage. (Vgl. Huber 2017a: 18 & 28)

Dass das Recht der Geldschöpfung nicht in der öffentlichen Hand liegt, wurde ausführlich gezeigt. Gleichzeitig kommt dadurch auch die originäre Seigniorage nur zu einem minimalen Anteil der Öffentlichkeit zugute. Es wird hieran deutlich, dass die Hauptprofiteure der Vorteile der Geldschöpfung private Geschäftsbanken sind (vgl. Degens 2013: 30; Joób 2015: 9f.). Folglich hat der Staat im Giralgeldsystem von den drei monetären Prärogativen nur die Erste – die Währungshoheit – in seinem Besitz (vgl. Huber 2017a: 18). Dies will das Vollgeldsystem verändern.

## 4. Theoretische Grundlagen: Das Vollgeldsystem

Als wohl populärster Herausforderer des Giralgeldsystems entstand in Reaktion auf die Finanzkrise 2007/8 das Vollgeldsystem. Maßgeblich begründet wurde dieses vom deutschen Ökonom und Soziologen Joseph Huber. Dieser initiierte ein Netzwerk namens „*Monetative*“, welches das Vollgeldsystem für Deutschland propagiert (vgl. *Monetative* o. J.). Am bekanntesten ist aber die „*Vollgeld Initiative*“ aus der Schweiz (vgl. *Vollgeld Initiative* o. J.). Am 10. Juni 2018 initiierte diese ein Referendum mit dem Titel „*Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!*“ (vgl. Rathke et al. 2018: 9). Allerdings lehnten die Schweizer den Systemwechsel mit 75,7% ab. Einleitend soll nun betrachtet werden, was „Vollgeld“ überhaupt ist.

### 4.1 Was ist Vollgeld?

Vollgeld ist nach Huber die Kurzform für „vollwertiges gesetzliches Zahlungsmittel“ (vgl. Huber 2015: 49). Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass unbare Geldguthaben, nicht länger nur ein Bargeldersatz oder -anspruch sind, sondern „unbeschränkt gültige gesetzliche Zahlungsmittel“, ähnlich dem Bargeld (vgl. Huber 2017c: 1). Die Idee ist, dem realwirtschaftlichen Kreislauf unbare Buchgeld anzubieten, welches als gesetzliches Zahlungsmittel fungiert (vgl. Huber 2017b: 6). Eine solche Form von Geld existiert gegenwärtig nur im Interbankenmarkt.

Ziel ist es folglich das heutige System der getrennten Kreisläufe abzuschaffen, so dass nur noch ein gemeinsamer Geldkreislauf existiert, in welchen alle Akteure – also die Nichtbanken, die Banken und die Zentralbank – miteinander interagieren (vgl. Huber 2015: 60). Damit erhalten die Nichtbanken Zugang zum Zentralbankbuchgeld (vgl. Huber 2017b: 6f.). Dieses ersetzt nachfolgend das Giralgeld. Es existiert folglich ein unbare gesetzliches Zahlungsmittel, das dem Bargeld gleichgestellt ist (vgl. ebd.: 6). Zeitgleich ist dieses das einzig akzeptierte Buchgeld für den unbaren Zahlungsverkehr, wodurch die Geldschöpfung der Geschäftsbanken unterbunden wird und die gesamte Geldmenge im System durch die Zentralbank geschöpft werden kann (vgl. ebd.: 5; Gudehus 2014: 85ff.). Vollgeld lässt sich damit auf folgende Formel reduzieren: Es ist ein unbare gesetzliches Zahlungsmittel, ähnlich dem heutigen Zentralbankbuchgeld, nur mit dem Unterscheid, dass alle Marktteilnehmer eine Zugriffsmöglichkeit auf dieses erhalten.

Die Deckung des Vollgeldes wird dabei durch die Zentralbank garantiert. Zum einen existiert die rechtliche Deckung als gesetzliches Zahlungsmittel, zum anderen ist die Zentralbank jederzeit bereit ihr eigenes Buchgeld zurückzunehmen, um es in das entsprechende Bargeld einzutauschen. In der Konsequenz benötigt Vollgeld kein Reservesystem, da es keine andere monetäre Basis verspricht. Es ist vollständig gedeckt. (Vgl. Huber 2015: 51; Huber 2017b: 5ff.)

Dies bringt den Vorteil, dass Banken Runs – also der Prozess bei dem Banken in Schieflage dadurch geraten, dass zu viele Kunden ihr Giralgeld bar abheben wollen, was aufgrund der gerin-

gen Deckung mit Bargeld problematisch werden kann – unmöglich sind (vgl. Weik/Friedrich 2015: 311). Vollgeld befindet sich des Weiteren auf persönlichen Geldkonten. Erhält eine Bank den Verwaltungsauftrag über eines dieser Konten, so geht das Guthaben nicht als Kredit an die Bank, sondern verbleibt im Besitz des Kunden (vgl. ebd.: 311; Benedikter 2017: 18).

#### **4.2 Der Prozess der Geldschöpfung**

Für die Geldschöpfung ist allein die Zentralbank verantwortlich. Sie bringt das Bargeld wie auch das unbare Vollgeld in Umlauf (vgl. Benedikter 2017: 18). Der Prozess der Geldschöpfung wird hierbei enorm vereinfacht. Die Zentralbank erteilt die Aufträge zur Herstellung von Banknoten und Münzen. Das Vollgeld kann sie selbst produzieren. Damit ist es – im Gegensatz zum Giralgeld – kein Anspruch auf Zentralbankgeld, sondern dieses selbst (vgl. Huber 2015: 49).

In Umlauf gelangt das neu geschöpfte Geld auf drei Wegen: Vorrangig soll es zur Erstverwendung an den Staat ausgezahlt werden, der es über Staatsausgaben ausgibt. Weiterhin besteht die Möglichkeit, dass neues Geld direkt an die Bürger verausgabt wird. Diese beiden Wege sind insbesondere sinnvoll zur langfristigen Geldversorgung. Faktisch handelt es sich hierbei um unbefristete zinslose Kredite an die Öffentlichkeit. Zuletzt kann die Zentralbank auch weiterhin normale Kredite an Geschäftsbanken vergeben. Dies hilft auf kurzfristige Spitzen im Geldbedarf der Wirtschaft zu reagieren. (Vgl. ebd.: 54; Benedikter 2017: 22-27 & 48)

Deutlich wird hieran, dass im Vollgeldsystem ein Großteil des Geldes nicht mehr als Schuld in Umlauf gelangt. Es ist folglich zinsfrei. Lediglich der dritte Weg verausgabt Geld als Kredit. Damit gelingt dem Vollgeldsystem eine Trennung zwischen Geld und Schuld (vgl. Weik/Friedrich 2015: 313f.). Diese soll helfen, Zinslasten zu verringern und dafür zu sorgen, dass ein Wachstumszwang nicht länger nötig ist (vgl. Benedikter 2017: 42).

Durch ihr Geldschöpfungsmonopol erlangt die Zentralbank die direkte Kontrolle über die Geldmenge. Das wiederum ermöglicht eine effizientere Geldmengensteuerung und schützt die Geldwertstabilität. Die Geldmenge ist dem System also exogen vorgegeben. (Vgl. Degens 2013: 29) Über eine Erhöhung entscheidet allein die Zentralbank ohne die Einflussnahme anderer Institutionen. Als Entscheidungsmaßstab dient ihr hierfür das erwartete Wirtschaftswachstum und damit der zusätzliche Geldbedarf der Realwirtschaft (vgl. Huber 2015: 63).

Zuletzt ermöglicht die Monopolstellung eine hohe originäre Seigniorage. Abhängig ist diese von der Ausweitung der Geldmenge. Bereits eine Wachstumsrate der deutschen Wirtschaft von 1% könnte so eine Seigniorage von 25 Mrd. € erzielen (vgl. Benedikter 2017: 22). Wird das geschöpfte Geld an den Staat verausgabt, bedeutet dies eine zusätzliche aber inkonstante Einnahme in Höhe von 2-6% des jährlichen Staatshaushaltes (vgl. Huber 2015: 63).

### 4.3 Die Rolle der Zentralbank und der Geschäftsbanken

Das Geldschöpfungsmonopol der Zentralbank im Vollgeldsystem bedeutet eine große Verantwortung. Sie wird zur obersten nationalen Geldbehörde. Dies geht einher mit entsprechenden Machtzugewinnen. Ein ausreichender Schutz vor Missbrauch, unautorisierter Geldpolitik und übermächtigen Zentralismus ist deshalb wichtig. Es bedarf dafür gewisser Kontrollmechanismen, die die Zentralbank vor dem Einfluss anderer Institutionen schützen (vgl. Huber 2017b: 18). Beispielsweise muss ihre Unabhängigkeit von der Regierung gewährleistet werden, da diese ein Interesse an der Ausweitung der Geldschöpfung haben könnte (vgl. Huber 2015: 56f.).

Huber schlägt hierbei eine Integration der Zentralbank in die Gewaltenteilung vor. Als vierte Gewalt wird sie als sogenannte „Monetative“ ein Teil des Staatsapparates (vgl. Huber 2015: 50). Die Zentralbank ist dabei unabhängig von anderen Gewalten, zeitgleich aber der Öffentlichkeit und den Gerichten rechenschaftspflichtig. Andere Autoren sehen die Möglichkeit die Zentralbank direktdemokratisch vom Volk kontrollieren zu lassen (vgl. Mayer/Huber 2018: 103f.).

Weiterhin existiert eine „Währungsverfassung“, der die Zentralbank verpflichtet ist. Diese definiert Ziele und Handlungsmöglichkeiten der Geldpolitik (vgl. Gudehus 2014: 87). Die Zentralbank trägt ausschließlich eine monetäre Verantwortung. Sie garantiert den Geldwert, die Preisstabilität und die Geldversorgung der Wirtschaft (vgl. ebd.: 99f.; Weik/ Friedrich 2015: 310). Die Fiskalpolitik bleibt davon getrennt die Aufgabe der Politik (vgl. Huber 2017c: 6). Damit ist die Zentralbank nicht bemüht um Beschäftigungszuwachs oder Vermögensverteilung.

Mit der Vollgeldreform erhalten alle Bürger ein sogenanntes (Voll-)Geldkonto, welches sich entweder im Besitz der Zentralbank oder nach Huber im persönlichen Besitz befindet und dort verbleibt (vgl. Huber 2015: 57ff.). Diese Konten werden von den privaten Geschäftsbanken nur verwaltet. Das bedeutet, sie befinden sich außerhalb der Bankbilanz und damit der Insolvenzmasse, weshalb sie vollständig gesichert sind. Für die Banken entfallen damit die Pflicht zur Einlagensicherung und die Gefahr von Banken Runs (vgl. Gudehus 2013: 19).

Allerdings wird es dadurch nicht mehr möglich sein, dass sie die Kundenguthaben zur Kreditfinanzierung oder zum Eigenhandel nutzen können. Dies hat Konsequenzen: Erstens wird es für Banken unattraktiv Einlagen einzuwerben, da diese nur Kosten durch die Verwaltung und den Zahlungsverkehr produzieren, ohne Vorteile zu bringen. Zweitens ist damit abzusehen, dass diese Geldkonten keine Verzinsung erhalten. Drittens werden die Geschäftsbanken für ihre Verwaltungsdienstleistungen Kontoführungsgebühren verlangen. (Vgl. Niepelt 2018: 3f.)

Diese Nachteile werden aber dadurch ausgeglichen, dass die Banken weiterhin mit der Aufgabe betraut sein werden, Kredite zu vergeben. Da sie kein Geld mehr schöpfen können, muss das Kapital, welches sie verleihen wollen, vorher in voller Höhe auf ihren Konten vorhanden sein (vgl. Weik/Freidrich 2015: 311f.). Das heißt Geschäftsbanken werden im Vollgeldsystem andere

Quellen akquirieren, aus denen sie Kapital beziehen. Damit wird sich eine „Zweikontenstrategie“ entwickeln, in welcher ihnen die Rolle als Finanzintermediäre zukommt, die Kapital von Sparern einsammeln, um es an Investoren weiterzuverleihen (vgl. Huber 2017b: 7; Gudehus 2014: 91).

Neben den zinslosen Geldkonten werden so zinsbringende Anlagekonten entstehen, die ähnlich funktionieren wie heutige Girokonten. Diese befinden sich im Besitz der jeweiligen Bank. Guthaben, welches vom Kunden aktiv auf dieses Konto transferiert wird, gleicht einem Kredit an die Bank. Da sie mithilfe dieses Geldes Kredite vergeben kann, wird sie auf das entsprechende Guthaben horrenden Zinsen zahlen. (Vgl. ebd.: 91f.; Binswanger 2018: 13)

Nachteilig ist hierbei für den Kunden, dass dieses Geld nicht kurzfristig verfügbar sein kann (vgl. Rathke et al. 2018: 9f.). Es handelt sich hierbei also um einen langfristigen Kredit an die Bank, der nicht jederzeit beliebig abgezogen oder ausgezahlt werden kann (vgl. Gudehus 2014: 91-94). Der Zahlungsverkehr muss folglich über das Geldkonto erfolgen.

Da die Bank auch kein Geld mehr für den spekulativen Eigenhandel schöpfen kann, gilt selbiges für diesen. Die benötigten Eigenmittel müssen vollständig aus anderen Quellen beschafft werden. Dies reduziert Finanzmarktspekulationen und die Blasenbildung. (Vgl. Huber 2017c: 5)

Diese Zweikontenstrategie sichert die Zahlungsfähigkeit, da bei einer Bankeninsolvenz nie die vollständigen Einlagen einer Person bedroht werden, sondern nur die auf Anlagekonten (vgl. Gudehus 2014: 91). Eine positive Auswirkung besteht des Weiteren auf die Sicherheit des Zahlungsverkehrs. Da dieser von den externen Geldkonten ausgeht und nicht mehr über das Kapital der Bank verläuft, kann auch eine insolvente Bank Zahlungsdienstleistungen für ihre Kunden abwickeln. Dies verringert die Gefahr, der Ausbreitung von finanziellen Schieflagen auf andere Banken. In der Summe entlasten diese Vorteile den Staat, da dieser nicht mehr die Notwendigkeit hat, für „too big to fail“-Garantien und Bankenrettungen aufzukommen. Die Abhängigkeit der Banken untereinander und vom Staat sinkt. (Vgl. Huber 2015: 61; Stolzenburg 2018: 7)

Weiterhin hat die Kreditvergabe im Vollgeldsystem Auswirkungen auf die Konjunktur. Da Banken die Kreditmenge nicht mehr erweitern können, steht ein festes Kreditangebot einer schwankenden Nachfrage gegenüber. In Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs steigt die Nachfrage nach Krediten, wodurch bei begrenztem Angebot der zu zahlende Zins steigt. In Zeiten schwacher Konjunktur erfolgt gegenteiliges. Folglich kommt es zu einer selbstregulierenden antizyklischen Dämpfung der Konjunktur. Damit werden Konjunkturzyklen gemäßigt. Dies vermindert Auswirkungen von Krisen und schafft zusätzliche Stabilität (Gudehus 2014: 98f.).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Vollgeldreform eine Arbeitsteilung zwischen der Zentralbank und den Geschäftsbanken schafft. Während allein die Zentralbank Geld schöpft, vermitteln die Geschäftsbanken entsprechend Kredite zur Finanzierung wirtschaftlicher Aktivitäten. In dieser Tätigkeit sind sie unternehmerisch frei. (Vgl. Huber 2017b: 17ff.)



#### **4.4 Der Umstellungsprozess**

Der Umstellungsprozess wurde von Joseph Huber als Stichtagsumstellung konzipiert. Am Stichtag kommt es zur Übertragung des Geldschöpfungsmonopols auf die jeweilige Zentralbank (vgl. Benedikter 2017: 19). Nachfolgend werden aus den Bilanzen der Geschäftsbanken alle Kundeneinlagen ausgegliedert und an die Zentralbank überschrieben (vgl. Huber 2017a: 29). Damit werden alle täglich fälligen Verbindlichkeiten der Banken gegenüber ihren Kunden zu Konversionsverbindlichkeiten gegenüber der Zentralbank. Faktisch räumt die Zentralbank jeder Geschäftsbank so einen Übergangskredit in Höhe ihrer Sichteinlagen ein. Damit übernimmt sie alle Guthaben, wodurch diese zu Zentralbankbuchgeld also Vollgeld werden. (Vgl. Huber 2017b: 7f.) In den Folgejahren erfolgt die Rückzahlung der Übergangskredite. Dies geschieht, indem die Banken auslaufende Kreditrückzahlungen bei der Tilgung an die Zentralbank weiterleiten (vgl. Huber 2015: 61). Diese vernichtet das Giralgeld oder tauscht es in Vollgeld, welches nachfolgend neu in Umlauf gebracht wird. In einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren erhält die Zentralbank so eine Geldmenge entsprechend der Sichteinlagen (vgl. ebd.: 62).

Damit dieser Prozess erfolgreich ist und es den Banken wie auch der Wirtschaft nicht an Liquidität mangelt, darf die Geldmenge durch diese Rückzahlungen nicht zu stark sinken (vgl. Gudehus 2014: 90). Folglich wird die Zentralbank die erhaltenen Gelder hauptsächlich in Vollgeld umtauschen. Durch die schuldfreie Erstaussgabe an den Staat entsteht so eine erhebliche einmalige Übergangsseigniorage (vgl. Huber 2017b: 8). Zusätzlich muss die Zentralbank auf ähnliche Weise alle Interbanken-Giroguthaben und Bankreserven substituieren. (Vgl. Huber 2015: 61f.)

Timm Gudehus berechnete daraus, dass für das Jahr 2013 in der Eurozone eine Übergangsseigniorage von 8139 Mrd. € möglich gewesen wäre (vgl. Gudehus 2016: 28). Dieser einmalige Umstellungsgewinn sollte in die Staatsentschuldung investiert werden (vgl. Huber 2015: 61f.). 2013 wäre so eine Entschuldung der europäischen Staatshaushalte um 93% möglich gewesen (vgl. Gudehus 2016: 28). Das erspart den Staaten zukünftig eine enorme Zinsbelastung und verbessert langfristig die Haushaltsbilanz. Für alle Nichtbanken ändert sich dabei gar nichts. Am Ende der Umstellung bleiben Guthaben, Kapital und Schulden unverändert erhalten.

#### **5. Die Probleme des Vollgeldsystems**

Das letzte Kapitel konnte einige Stärken des Vollgeldsystems aufzeigen. Eine Umstellung würde folglich einige funktionale Schwächen des Giralgeldsystems beheben und das Geldsystem verständlicher gestalten (vgl. Gudehaus 2016: 53). Dennoch existieren einige Probleme, die insbesondere begründet liegen in der unelastischen Kreditversorgung, der Stellung der Zentralbank und der Gefahr des Aufkommens neuer Geldsubstitute.

## 5.1 Kreditversorgung und Umlaufsicherung

Die exogene Geldmenge zusammen mit der Abschaffung der Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken erzeugt ein unelastisches Kreditangebot (vgl. Niepelt 2018: 3). Ein festes Angebot steht dabei einer flexiblen Nachfrage gegenüber. Die Idee, dass dies zu einer antizyklischen Mäßigung der Konjunktur kommt, kann täuschen. In Zeiten hoher Nachfrage wird es gewollt zur Kreditklemme kommen, aber auch in Zeiten des Abschwungs könnte diese eintreten. Abhängig ist dies von der Bereitschaft der Nichtbanken in Krisenzeiten ihr Kapital auf den Anlagekonten zu belassen. Ziehen sie dieses auf ihr persönliches Geldkonto ab, droht in Abschwungszeiten ebenfalls die Kreditklemme (vgl. Sauber/ Weihmayr 2014: 900). Durchaus wäre dieses Verhalten logisch, da das Geld ohne staatliche Garantien nur auf den Geldkonten krisensicher ist.

Eine solche Kreditklemme würde einer Deflation gleichkommen. Der Wirtschaft fehlte es damit an Geld für Investitionen. Gerade kleinere Unternehmen, die auf Kredite angewiesen sind, wären dadurch belastet (vgl. Schlotmann 2017: 892f.). Selbst wenn die Bank wollte, könnte sie so keine Kredite für realwirtschaftliche Aktivitäten vergeben. Auf Dauer kann dies negative Auswirkung haben und einen Abwärtstrend verstärken (vgl. Stolzenburg 2018: 7f.).

Dieser Prozess wird dadurch verstärkt, dass Joseph Huber keinen Mechanismus zur Umlaufsicherung von Kapital vorsieht (vgl. Huber 2011: 120). Guthaben auf dem Geldkonto kann damit unbegrenzt lang dem Geldsystem entzogen werden, ohne einen Wertverfall befürchten zu müssen (vgl. Degens 2013: 35; Gudehus 2014: 94). Der Markt könnte dies allerdings ausgleichen, indem die Kontoführungsgebühr der verwaltenden Geschäftsbank einer negativen Verzinsung gleicht, die folglich dazu zwingt Anlagekonten zu verwenden (vgl. ebd.: 99f.).

An dieser Stelle stellt sich nachfolgend aber nicht nur die Frage, ob sich das Vollgeldsystem dadurch dem heutigen Girokontensystem angleicht, sondern auch, ob dies aus sozialen Aspekten wünschenswert ist. Beispielsweise sprach sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund gegen eine Vollgeldreform aus, da er befürchtet, dass eine solche Vermögensentwertung Ärmere besonders träfe. Zum Sparen auf Anlagekonten wird im Vollgeldsystem stillgelegtes Kapital benötigt, also Geld, auf welches der Bankkunde nicht kurzfristig zurückgreifen kann. Eine Person, die ihr Einkommen vollständig zum täglichen Leben benötigt, wird damit kaum sparen können (vgl. Schweizerischer Gewerkschaftsbund 2018). Dennoch wird die Kontoführungsgebühr fällig.

Weiterhin gilt, da Guthaben auf den Geldkonten nicht mehr der Kreditfinanzierung dienen dürfen und hohe Zinssätze die Anlagekonten attraktiv machen müssen, steigen die Refinanzierungskosten der Geschäftsbanken (vgl. Gudehus 2013: 19f.). Zusammen mit dem Wegfall der sekundären Geldschöpfungsgewinne, verlieren die Banken ihre Haupteinnahmequellen. Die Vollgeldreform trifft sie folglich am härtesten.

Durch den Wegfall einiger klassischer Aufgaben und die Verteuerung von Finanzaktivitäten wie auch -dienstleistungen, werden die Banken gezwungen ihre Geschäftsmodelle zu überarbeiten. Einhergehen kann dies mit Einsparungsmaßnahmen. Gerade bei einer abrupten Stichtagsumstellung erwartet Stolzenburg deshalb eine Anpassungskrise im Bankensektor (vgl. ebd.: 7).

## **5.2 Die Rolle der Zentralbank**

Die Funktionsfähigkeit des Vollgeldsystems steht und fällt mit der Leistungsfähigkeit der Zentralbank. Da ihre Geldpolitik direkt auf die Geldmenge wirkt, trägt sie eine hohe Verantwortung (vgl. Huber 2017a: 31). Folglich ist sie der Angriffspunkt vieler Kritiker.

Von der Zentralbank wird abverlangt, dass diese die Marktsituation richtig beurteilt und entsprechend handelt. Sollte im System beispielsweise ein Mangel an Liquidität durch den Abzug von Kundeneinlagen auftreten, ist sie die einzige Instanz, die diesen beheben kann. Auch ihre Fehler wirken sich dabei direkt auf das Geldsystem aus (vgl. Siedenbiedel 2018). Häufig entsteht deshalb die Frage, ob das Vollgeldsystem die Zentralbank überfordert.

Des Weiteren verändert sich mit der Umstellung ihr Instrumentarium. Während heute eine Steuerung über den Leitzins stattfindet und die Geldmenge dem Markt überlassen ist, wird im Vollgeldsystem die Geldmenge gesteuert und der Zins am Markt gebildet (vgl. Stolzenburg 2018: 8). Damit schwankt dieser stärker. Eine solche Geldmengensteuerung bringt einige Probleme.

Besonders während des Umstellungsprozesses wird von der Zentralbank eine effektive Geldmengensteuerung gebraucht (vgl. Niepelt 2014). Allerdings wird es dieser anfangs an Erfahrungswerten mangeln, um diese bewerkstelligen zu können (vgl. Rathke et al. 2018: 11). Es fehlt an wissenschaftlichen Erkenntnissen, die ihr helfen würden, zu beurteilen, welches Geldmengenwachstum in welcher Situation angemessen wäre. Mathias Binswanger kritisiert diesbezüglich an der Reform: „Letztlich vertraut man auf eine Weisheit der Zentralbank, die in der Realität aber nicht vorhanden ist“ (Zi. ebd.: 13). Stolzenburg hingegen sieht eine Geldmengensteuerung kritisch, da eine konstante Geldmenge den Marktteilnehmern häufig nicht so relevant sei, wie stabile Finanzierungsbedingungen (vgl. Stolzenburg 2018: 8).

Nachfolgend wird das Konzept der Zentralbank öfters politisch kritisiert. Da sie über eine große Macht verfügt, ist ihre Unabhängigkeit wichtig. Diese wird zwar durch die Gewaltenteilung gewährleistet, ist dieses System aber instabil, erhält die Regierung Zugriff auf die Geldschöpfung. Außerdem ist es naiv zu glauben, dass die Zentralbank im Vollgeldsystem nicht politisiert wird (vgl. Rathke et al. 2018: 11). Selbstverständlich werden ihre Entscheidungen Teil der politischen Debatte sein, wodurch sie öffentlichen Druck erfahren und von fremden Einfluss nicht frei bleiben wird (vgl. Niepelt 2018: 5; Binswanger 2018:14). Damit muss sie umgehen können.

Auch die Ausgestaltung der Integration der Zentralbank in das demokratische System muss

überdacht werden. Den Bürgern direkten Einfluss auf die Geldpolitik einzuräumen, erscheint wenig ratsam. Hierfür ist bei den Wählern wahrscheinlich weder ausreichendes Wissen noch Interesse vorhanden. Die Alternative ist folglich, dass die Geldpolitik und der Finanzbedarf von eingesetzten Experten gemanagt werden. Hieran kritisiert Ann Pettifor, dass man damit eine „[...] große finanzielle und wirtschaftliche Macht in die Hände weniger Technokrat\_innen [legt], die mehrheitlich von der orthodoxen Lehre durchdrungen sind [...]“ (Zi. Pettifor 2018: 153).

Weiterhin bestehen Probleme bezüglich der Seignioragegewinne. Sie entstehen nur, da die Zentralbank dem Staat neu geschöpftes Geld schuldfrei überlässt, faktisch also „schenkt“. Wird Geld aber nicht mehr als Kredit in Umlauf gebracht, verliert die Zentralbank die Möglichkeit jenes zurückzufordern. Das heißt sie kann die Geldmenge nicht mehr reduzieren (vgl. Degens 2013: 35). In der Regel ist dies auch nicht nötig. Sollte allerdings der Fall eintreten, dass sie reduziert werden muss, belastet die Zentralbank dadurch den Staatshaushalt (vgl. Huber 2015: 53).

Weiterhin ist zu beachten, dass die Seigniorage von der Höhe des Wirtschaftswachstums abhängt. Folglich besteht ein Interesse des Staates dieses anzutreiben. Ein Nullwachstum bedeutet hingegen, dass keine Seigniorage anfällt. Damit wird dieses nicht in seinem Interesse liegen.

### **5.3 Umgehungsversuche der Reform durch neue Geldformen**

Das Verbot der Geldschöpfung durch private Banken kann umgangen werden. Bedingt ist dies durch das eingangs erörterte Problem, dass nicht eindeutig definiert werden kann, was Geld überhaupt ist. Solange Geld nicht oder unzureichend definiert ist, besteht die Möglichkeit der Umgehung durch die Etablierung von Formen des Geldersatzes (vgl. Schlotmann 2017: 891).<sup>15</sup>

Während Niepelt in diesem Kontext vor Anteilen an Geldmarktfonds warnt, sieht Schlotmann die Gefahr des direkten Handels mit privaten Schuldscheinen (vgl. Niepelt 2018: 4; Schlotmann 2017: 891). Die Etablierung eines Geldersatzes bedarf dabei nur eine ausreichende Akzeptanz. Schlotmann schreibt diesbezüglich, dass die einzige Voraussetzung dafür sei, dass „der Aussteller bzw. Emittent [...] eine ausreichend große Zahl anderer Wirtschaftssubjekte davon überzeugen [muss], derartige [...] Schuldscheine anstelle von Geld zu akzeptieren“ (Zi. ebd.: 891).

Diese Möglichkeit stellt für die Zentralbank eine große Herausforderung dar, die komplexe Regelungen erfordert (vgl. Niepelt 2018: 4). Sie muss zügig eingreifen, um aufkommende Geldsubstitute entsprechend zu regulieren. Da diese sich ihrem Einfluss entziehen, droht anderweitig der Verlust ihrer Steuerungsfunktion (vgl. Degens 2013: 32). Sollte eine Form des Geldersatzes große Popularität erhalten, verliert die öffentliche Hand erneute die monetären Prärogativen.

---

<sup>15</sup> Ähnlich ist das Giralgeld entstanden. Es stellt eine Form des Geldersatzes dar, welche entstand, nachdem den Geschäftsbanken im 19. Jh. das Recht entzogen wurde, Schuldscheine als Banknoten selbstständig auszugeben.

## 6. Beurteilung und Fazit

Der vorliegenden Arbeit ist es bisher gelungen die Funktionsweisen der zwei populärsten Konzeptionen für die Ausgestaltung des heutigen Finanzsystems darzustellen und die entsprechenden Probleme zu analysieren. Damit bietet sie eine Orientierungshilfe für alle Unentschlossenen, die sich durch die Abwägung von Chancen und Grenzen eine eigene Meinung bilden wollen.

Nachdem eingangs die Funktionsweise des Giralgeldsystems erklärt wurde, – insbesondere mit dem Fokus auf die Deckung vom heutigen Fiatgeld, auf die Arten von Geld (Kapitel 2.1) und auf die Bilanzierung der Geldschöpfung (Kapitel 2.2) – erfolgte eine Analyse der Probleme. Hierbei wurde zuerst festgestellt, dass der Zins verantwortlich ist für wirtschaftlichen Wachstumszwang und ansteigende Schuldenberge (Kapitel 3.1). Nachfolgend richtete sich der Blick auf die weitgehend entgrenzte Geldschöpfung durch private Geschäftsbanken, die nicht zuletzt durch die mangelnde Wirksamkeit der Zentralbankinstrumente bedingt ist (Kapitel 3.2). Nach der Darstellung der Rolle der Zentralbank, folgte die Betrachtung der Geschäftsbanken (Kapitel 3.3). Als gewinnorientierte Akteure sorgen sie für eine prozyklische Kreditvergabe, die zu Spekulationsblasen führt und Krisen provoziert. Mit Blick auf die Seigniorage wurde festgestellt, dass diese die Profiteure des Giralgeldsystems sind. In Zusammenschau wurde deutlich, dass das Giralgeldsystem, bedingt durch seine zwei getrennten Kreisläufe, sehr komplex ist und dass jene Trennung die Marginalisierung des Zentralbankgeldes zur Folge hat.

An dieser Stelle knüpfte die Funktionsweise des Vollgeldsystems an. Bei Vollgeld handelt es sich um eine Form von Zentralbankgeld, die das Giralgeld ablöst, wie Kapitel 4.1 thematisierte. Die direkte und alleinige Geldschöpfung durch die Zentralbank, die nachfolgend dargestellt wurde (Kapitel 4.2), löst den doppelten Kreislauf des Giralgeldsystems auf und stellt damit eine Vereinfachung des Geldsystems dar. Durch die Übertragung des Geldschöpfungsmonopols auf die Zentralbank kommt es zur Verstaatlichung des Geldes. Diese geht einher mit einer Machtzunahme. Kapitel 4.3 fokussierte sich deshalb auf die Kontrollmechanismen der Zentralbank. Der Machtzuwachs der Zentralbank geht einher mit dem Machtverlust der Geschäftsbanken.

Nachdem zuletzt der Umstellungsprozess beschrieben wurde (Kapitel 4.4), erfolgte die Darstellung einiger Kritikpunkte. Eingangs wurde dabei ein unelastisches Kreditangebot kritisiert (Kapitel 5.1). Zusammen mit einer fehlenden Umlaufsicherung kann es zur Verteuerung von Krediten kommen, die die Realwirtschaft belastet und zu Deflationen führen kann.

Nachfolgenden lag der Fokus auf der Frage, ob die Zentralbank ihrer neuen Rolle als Steuerungsinstanz ausreichend nachkommen kann, besonders da sie durch die Geldmengensteuerung ein neues regulatorisches Instrumentarium erhält (Kapitel 5.2). Heutige Beobachtungen lassen daran zweifeln. Auch eine wirksame Steuerung durch die Zentralbank muss nicht dauerhaft gewährleistet sein, wie Kapitel 5.3 an der Gefahr neuer Geldsubstitute darstellte.

Um die Fragestellung vollständig zu beantworten, bleibt abschließend die Frage offen, ob das Vollgeldsystem nun gegenüber dem Giralgeldsystem zu bevorzugen ist.

In der Zusammenschau lässt sich feststellen, dass die Einführung von Vollgeld Finanzstabilität und -sicherheit bringt. Dies gilt im Kleinen für die Sicherheit von Kundenkonten, wie auch im Großen für das Bankensystem. Die Probleme des Giralgeldsystems werden durch die Reform weitgehend behoben und der Aufbau des Geldsystems wird vereinfacht. Ungewiss erscheint hingegen, inwieweit ein Nullwachstum im Interesse eines Vollgeldsystems liegt. Allgemein ist die Vollgeldreform zurückhaltend gegenüber der Zinsproblematik, dennoch formuliert sie mit der einmaligen Umstellungseigniorage eine nachhaltige Antwort auf die Schuldenproblematik. Kritisch zu betrachten ist hingegen, dass das Vollgeldsystem die Chancen der elastischen Kreditvergabe durch Giralgeld unterschätzt und selbst zur beschränkten Kreditvergabe neigt. Es ist dadurch kein Niedergang der Wirtschaft zu erwarten, da diese von der erhöhten Stabilität profitiert, dennoch besteht hier Nachbesserungsbedarf zugunsten produktiver Investitionen.

Eine Frage die vorerst ungewiss bleibt, ist die nach der Wirksamkeit der Zentralbankinstrumente. Diese wird zwar von der Vollgeldreform wiederhergestellt, unklar bleibt allerdings, ob diese längerfristig behauptet werden kann. Es bleibt wohl eine Vertrauensfrage, ob man der Meinung ist, dass die Zentralbank ihre neuen Instrumente effizient und souverän einsetzt oder ob sie überfordert sein wird und sich missbräuchlich beeinflussen lässt. Die Eingliederung in die Gewaltenteilung hilft ihr zwar, Unabhängigkeit zu erlangen, dennoch wird sich die Zentralbank nach der Reform als politische Institution begreifen und behaupten müssen. Das Vollgeldsystem steht und fällt mit ihrer Leistungsfähigkeit. Sollte einem dieser Gedanke befremdlich erscheinen, ist damit dem Giralgeldsystem Vortritt zu gewähren. Die Debatte zwischen Vollgeld oder Giralgeld lässt sich folglich unter die Grundsatzfrage subsumieren, ob dem privaten Wettbewerb oder der staatlichen Steuerung mehr vertraut wird.

Es kann bestätigt werden, dass die Vollgeldreform hält, was sie verspricht: Sie schafft „verständliches“ und krisensicheres Geld. Leider wird ihre Leistungsfähigkeit darüber hinaus gerne überschätzt. Die Zentralbank beschäftigt sich ausschließlich mit monetären Angelegenheiten. Damit wird Vollgeld kein Allheilmittel für alle Probleme. Es werden nicht augenblicklich alle finanziellen Ungleichheiten aufgelöst, Wachstumszwänge beseitigt und schädliche Spekulationen unterbunden. Hierfür benötigt auch das Vollgeldsystem weitere Regulierungen, die schon heute umgesetzt werden könnten. Das größte Problem der Vollgeldreform sind damit überstiegene Erwartungen an eine vollständig veränderte Finanzwelt. Dies muss einigen Reformaktivisten noch deutlich werden. Eine solche Erwartungshaltung missversteht nicht nur das Anliegen der Vollgeldidee, auch der Systemwechsel kann damit leider nur enttäuschen.

## Literaturverzeichnis

- Benedikter**, Thomas (2017): Vollgeld. Die Geldschöpfung in öffentlicher Hand. In: POLITiS – politische Bildung und Studien in Südtirol (Hrsg.): Reihe POLITiS kurz & bündig. Bozen, 2017 (=Reihe POLITiS kurz & bündig, Nr. 1), S. 1 – 71.
- Binswanger**, Hans Christoph (2015): Finanz- und Umweltkrisen sind ohne Währungs- und Geldreform nicht lösbar. In: Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): Die Vollgeld-Reform. Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können. 4. Auflage, Solothurn: Edition Zeitpunkt, S. 23 – 36.
- Binswanger**, Mathias (2018): Vollgeld. Das Geldsystem der Zukunft? In: Ifo-Schnelldienst, Jg. 71, Nr. 16, S. 12 – 14.
- Degens**, Philipp (2013): Alternative Geldkonzepte. Ein Literaturbericht. In: MPIfG Discussion Paper, Jg. 13, Nr. 1, S. 1 – 75.
- Deutsche Bundesbank** (2017): Die Rolle von Banken, Nichtbanken und Zentralbank im Geldschöpfungsprozess. In: Monatsbericht April 2017, S. 15 – 36.
- Gudehus**, Timm (2013): Geldordnung, Geldschöpfung und Staatsfinanzierung. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 62, Nr. 2, S. 1 – 22.
- Gudehus**, Timm (2014): Notwendigkeit, Regelungen und Konsequenzen einer neuen Geldordnung. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 63, Nr. 1, S. 74 – 106.
- Gudehus**, Timm (2016): Neue Geldordnung. Notwendigkeit, Konzeption und Einführung. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Huber**, Joseph (2011): Monetäre Modernisierung. Zur Zukunft der Geldordnung. 2. Auflage, Marburg: Metropolis-Verlag.
- Huber**, Joseph (2015): Finanzreformen und Geldreform. Rückbesinnung auf die monetären Grundlagen der Finanzwirtschaft. In: Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): Die Vollgeld-Reform. Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können. 4. Auflage, Solothurn: Edition Zeitpunkt, S. 37 – 64.
- Huber**, Joseph (2017b): Geldsicherheit und stabilere Finanzen durch Vollgeld. In: IBF Paper Series, Jg. 17, Nr. 17, S. 1 – 22.
- Joó**, Mark (2015): Einleitung. In: Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): Die Vollgeld-Reform. Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können. 4. Auflage, Solothurn: Edition Zeitpunkt, S. 7 – 22.
- Mayer**, Thomas/**Huber**, Roman (2018): Wie Banken Geld aus dem Nichts erzeugen. Und wie Vollgeld das ändert. Baden-Baden: Tectum Verlag.
- Niepelt**, Dirk (2018): Diskussion zur Geldordnung. Wie ist das Konzept des Vollgeldsystems zu beurteilen? In: ifo Schnelldienst, 71. Jg., Nr. 16, S. 3 – 5.

**Pettifor**, Ann (2018): Die Produktion des Geldes. Ein Plädoyer wider die Macht der Banken. Bonn: Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung.

**Rathke**, Alexander/**Sturm**, Jan-Egbert/**Abberger**, Klaus (2018): Die Schweizer Vollgeldinitiative. Gefahren eines Systemwechsels überwiegen die Chancen. In: Ifo-Schnelldienst, Jg. 71, Nr. 16, S. 9 – 11.

**Sauber**, Martin/**Weihmayr**, Benedikt (2014): Vollgeld und Full Reserve Banking. Geldreformen auf dem Prüfstand. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 94, Nr. 12, S. 898 – 905.

**Schlotmann**, Olaf (2017): Chicago Plan und Vollgeld als Alternative zum Kreditgeld. Ein Weg zu stetigem Wachstum? In: Wirtschaftsdienst, Jg. 97, Nr. 12, S. 889 – 895.

**Stolzenburg**, Ulrich (2018): Vollgeld. Das Für und Wider einer neuen Geldordnung. In: Ifo-Schnelldienst, Jg. 71, Heft 16, S. 6 – 8.

**Weik**, Matthias/**Friedrich**, Marc (2015): Der Crash ist die Lösung. Warum der finale Kollaps kommt und wie Sie ihr Vermögen retten. Köln: Bastei Lübbe AG.

## **Internetquellen**

**Huber**, Joseph (2017a): Das heutige Geldsystem mit gesplittetem Kreislauf von Reserven und Giralgeld. Funktionsweise, Disfunktionen und Ausblick. Online im Internet: <https://vollgeld.page/das-heutige-geldsystem>, 01.2017, [zugegriffen am: 18.03.2021].

**Huber**, Joseph (2017c): Was ist Vollgeld? Online im Internet: <https://www.vollgeld.de/was-ist-vollgeld>, 05.2017, [zugegriffen am: 18.03.2021].

**Monetative** (o. J.): Home. Wie entsteht unser Geld? Wer erzeugt es? Online im Internet: <https://monetative.de>, o. J., [zugegriffen am: 18.03.2021].

**Niepelt**, Dirk (2014): Bringt ein Vollgeldsystem Finanzstabilität? Online im Internet: <https://www.oekonomenstimme.org/artikel/2014/05/bringt-ein-vollgeldsystem-finanzstabilitaet/>, 13.05.2014, [zugegriffen am: 18.03.2021].

**Paetz**, Michael (2018): Was ist Geld? Grundlagen moderner Geldpolitik. Online im Internet: <https://was-ist-geld.de/grundlagen-moderner-geldpolitik/>, 12.2018, [zugegriffen am: 18.03.2021]

**Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB** (2018): Vollgeld Nein. Ein gefährliches Experiment. Online im Internet: [https://www.sgb.ch/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Diverses/Argumentarium\\_Vollgeld-nein.pdf](https://www.sgb.ch/fileadmin/user_upload/Dokumente/Diverses/Argumentarium_Vollgeld-nein.pdf), 10.06.2018, [zugegriffen am: 18.03.2021].

**Siedenbiedel**, Christian (2018): Kein Vollgeld – und das ist gut so. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, online im Internet: <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/kein-vollgeld-und-das-ist-gut-so-15632693.html>, 10.06.2018, [zugegriffen am: 18.03.2021].



**Statista** (2021a): Entwicklung der Geldmenge M1 in der Euro-Zone von 1997 bis Dezember 2020. Online im Internet: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/241800/umfrage/entwicklung-der-geldmenge-m1-in-der-euro-zone/>, 16.02.2021, [zugegriffen am: 18.03.2021].

**Statista** (2021b): Bargeldumlauf im Euro-Währungsgebiet von 1999 bis 2020. Online im Internet: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/488222/umfrage/bargeldumlauf-im-euro-waehrungsgebiet/>, 23.02.2021, [zugegriffen am: 18.03.2021].

**Statista** (2021c): Europäische Union: Staatsverschuldung in den Mitgliedstaaten im 3. Quartal 2020 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Online im Internet: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/163692/umfrage/staatsverschuldung-in-der-eu-in-prozent-des-bruttoinlandsprodukts/>, 27.01.2021, [zugegriffen am: 18.03.2021].

**Vollgeld Initiative** (o. J.): Home. Wer soll unsere Franken herstellen: Private Banken oder die Nationalbank? Online im Internet: <https://www.vollgeld-initiative.ch>, o. J., [zugegriffen am: 18.03.2021].

# Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorgelegte

- Hausarbeit\*
- Term Paper\*
- Bachelorarbeit\*
- Masterarbeit\*
- Magisterarbeit\*
- Schriftliche Hausarbeit (Staatsarbeit)\*

selbständig verfasst und - einschließlich eventuell beigefügter Abbildungen und Skizzen - keine anderen als die im Literaturverzeichnis angegebenen Quellen, Darstellungen und Hilfsmittel benutzt habe. Dies gilt in gleicher Weise für gedruckte Quellen wie für Quellen aus dem Internet.

Ich habe alle Passagen und Sätze der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinne nach anderen Werken entnommen sind, in jedem einzelnen Fall unter genauer Angabe der Stelle ihrer Herkunft (Quelle, Seitenangabe bzw. entsprechende Spezifizierung) deutlich als Entlehnung gekennzeichnet.

Außerdem erkläre ich, dass die vorgelegte Arbeit zuvor weder von mir noch - soweit mir bekannt ist - von einer anderen Person an dieser oder einer anderen Universität eingereicht wurde.

Mir ist bekannt, dass Zuwiderhandlungen gegen diese Erklärung eine Benotung der Arbeit mit der Note "nicht ausreichend" zur Folge haben. Ich weiß, dass Verletzungen des Urheberrechts sowie Betrugsversuche strafrechtlich verfolgt werden können und dass, wer vorsätzlich gegen eine die Täuschung betreffende Regelung verstößt, ordnungswidrig handelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Im Falle eines mehrfachen oder sonstigen schwerwiegenden Täuschungsversuches kann außerdem eine Exmatrikulation erfolgen.

19.03.2021

(Datum)

Karl Kühne

(Unterschrift)

\* Zutreffendes bitte ankreuzen